

FLUCHTORT HAMBURG

Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge

Newsletter Ausgabe 2 - September 2006



Zugang zu Ausbildung für geduldete Jugendliche und Flüchtlinge

Die Entwicklungspartnerschaft Fluchtort Hamburg - Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge - wurde entsprechend dem Programm der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL als ein Experimentierfeld konzipiert, in dem neue arbeitsmarktpolitische Modelle erprobt werden. Ein Ziel ist der Zugang zu Ausbildung.

In der Hansestadt leben derzeit rund 16.000 Menschen, die sich noch im Asylverfahren befinden oder lediglich eine Duldung besitzen.

Darunter sind 3193 Kinder unter 18 Jahren, die zum Teil in Hamburg zur Welt gekommen sind, die hier die Schule besuchen oder gerade abgeschlossen haben und von einer Berufsperspektive träumen.

Hürden und Restriktionen

Doch nach dem Schulabschluss sind die meisten Flüchtlinge von jeglicher Zukunftsperspektive abgeschnitten. Die Schwierigkeiten und gesetzlichen Hürden, nach erfolgreicher Ausbildungsplatzsuche eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, sind für die meisten schier unüberwindbar. Und potentielle Arbeitgeber werden bereits im Vorfeld abgeschreckt. Das kommt einem Ausbittungsverbot gleich. Grundlage der juristischen Restriktionen ist die geltende Beschäftigungsverfahrensverordnung, die besagt, dass ein deutscher oder gleichgestellter Bürger bei der Besetzung eines Ausbildungsplatzes bevorzugt behandelt werden muss. Wenn ein Wirtschaftsbetrieb jedoch bereit ist, einen zusätzlichen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, besteht die Möglichkeit von der Vorrangprüfung abzusehen. Erst dann erhält der Flüchtling die Arbeitserlaubnis für die Ausbildung.

In der Entwicklungspartnerschaft „Fluchtort Hamburg“ wird dies erfolgreich praktiziert: Derzeit absolvieren etwa 60 junge Flüchtlinge eine Ausbildung im Einzelhandel, in der Gastronomie oder im Dienstleistungssektor.

Zusätzliche Ausbildungsplätze für deutsche und bevorrechtigte Jugendliche

Doch die Interpretation von „Zusätzlichkeit“ in Betrieben, die erstmals ausbilden möchten, gestaltet sich problematisch. Bis Jahresbeginn vertrat die Arbeitsagentur die Ansicht, dass in diesem Fall eine Zusätzlichkeit grundsätzlich nicht gegeben sei. Erst durch die Intervention der Leitung der Hamburger Arbeitsagentur konnte erreicht werden, dass auch Ausbildungsplätze in Betrieben, die

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Schwerpunkt unseres zweiten Newsletters ist der Zugang zu Ausbildung für Flüchtlinge in Hamburg. Der Bereich Bildung und Ausbildung gehört zu den zentralen Themen in der bundesweiten Integrationsdebatte, die endlich auch die Hansestadt in Form eines Integrationskongresses und zu erarbeitenden Integrationskonzepten erreicht hat. Unser strategischer Partner Rolf Steil von der Hamburger Agentur für Arbeit stellt sehr treffend fest, dass „Teilhabe in der Gesellschaft nur möglich (ist) durch Teilhabe an Arbeit und Ausbildung.“ Nur so funktioniert Integration – auch von Flüchtlingen, die im Zuge einer Bleiberechtsregelung, durch Heirat oder Sicherung des Aufenthaltsstatus MigrantInnen von morgen sind - oder sich mit einer soliden Ausbildung im Gepäck auf den Weg in ein neues Land oder zurück in ihr Herkunftsland begeben. Nur so werden sie in der Lage sein, sich dort eine Perspektive aufzubauen.

Ihre Koordination
und Mainstreaming Agentur

erstmalig ausbilden, als „zusätzlich“ anerkannt werden. (Dazu ein Interview mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung Rolf Steil auf Seite 2) Nun gilt, dass auch ein Betrieb, der in den vorangegangenen Jahren nicht ausgebildet hat, einen EQUAL-Teilnehmer in Ausbildung nehmen kann, vorausgesetzt er schafft diesen Platz zusätzlich zu einem Ausbildungsplatz für eine bevorrechtigte Person. Eine bemerkenswerte Folge für den Arbeitsmarkt: Durch die Umsetzung des EQUAL-Projekts ist die doppelte Anzahl von Ausbildungsplätzen entstanden: Es wurden ebenfalls Ausbildungsplätze für Bevorrechtigte akquiriert.

Doch gerade kleinere Betriebe sind häufig nicht in der Lage, gleich zwei Ausbildungsplätze einzurichten, um eine Arbeitserlaubnis für den Geduldeten zu erhalten. In diesen Fällen wird dem Wirtschaftsbetrieb quasi diktiert, wen er auszubilden hat.

Hamburger Wirtschaftsbetriebe erkennen Potentiale

Zunehmend mehr Hamburger Wirtschaftsbetriebe erkennen die Fähigkeiten, die Flüchtlingsjugendliche mitbringen. Sprachkenntnisse, Motivation und Einsatzbereitschaft sind für das Unternehmen häufig ausschlaggebend, sich für die Arbeitserlaubnis seines Wunsch-Auszubildenden einzusetzen (Porträts auf den Seiten 2 und 3), obwohl der Weg durch Ausländerbehörde, Arbeitsagentur, Kammer und Innung für einige zum Verwaltungsmarathon wird.

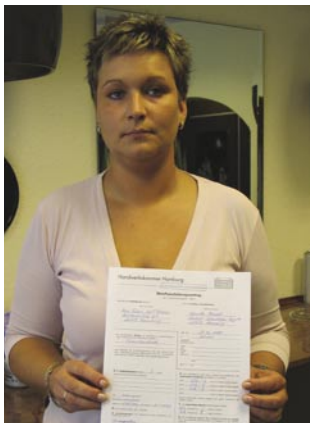
Dennoch: Verläuft dieser Weg erfolgreich, realisieren diese Hamburger Betriebe ein zentrales Menschenrecht: das Recht auf Bildung für Flüchtlinge.

Gemeinschaftsinitiative
Equal

Die Entwicklungspartnerschaft „Fluchtort Hamburg“ steht im Internet. Dort finden Sie Informationen über Konzept und Ziele der EP, über die verschiedenen Projekte sowie aktuelle Terminankündigungen oder Veranstaltungsinformationen zum download:

www.fluchtort-hamburg.de

FLUCHTORT
HAMBURG

„MEIN FRISEUR“ SALON PETERSEN:**Ich lass mir nicht vorschreiben,
wen ich ausbilde**

**Peggy Petersen hat zwar einen
Ausbildungsvertrag
- aber keine Auszubildende**

Peggy Petersen hat den kleinen Salon in Horn vor sechs Jahren übernommen. Nun möchte sie ertmals ausbilden, und zwar ihre ehemalige Praktikantin Hamide Moradi. „Sie hatte schon viel Vorwissen. Was ich ihr gezeigt habe, hat sie gut umgesetzt“. Außerdem ist sie sehr umsichtig“, lobt die Friseurmeisterin. Doch der Aufenthalt der 18-jährigen Afghanin ist seit fast sieben Jahren lediglich geduldet. Eine Ausbildung beginnen darf sie erst, wenn das Arbeitsamt den Platz geprüft und ihr die Erlaubnis gegeben hat. Deshalb haben die beiden Frauen den Antrag bereits im Mai bei der

Ausländerbehörde gestellt. Der Ausbildungsvertrag ist seit dem 1. August 2006 rechtskräftig und bei Handwerkskammer und Friseurinnung eingetragen. Doch auf die Erlaubnis durch die Arbeitsagentur warten sie noch immer. „Man sagte mir, dass es über hundert deutsche Bewerberinnen für eine Frisurausbildung gibt“, erzählt Peggy Petersen. Die sind nach dem Gesetz bevorrechtigt. „Aber ich lass mir doch nicht vorschreiben, wen ich ausbilde!“ Um zusätzlich eine zweite Frau, eine so genannte Bevorrechtigte, auszubilden, reichen die Kapazitäten des Eine-Frau-Betriebes nicht. Deshalb wird der Antrag vermutlich abgelehnt werden. Doch Peggy Petersen will nicht aufgeben. „Dann lege ich Widerspruch ein!“

KONDITOREI ANDERSEN:**Wir verkaufen Produkte aus aller Welt
mit Menschen aus aller Welt**

Für Lars Andersen, den zukünftigen Geschäftsführer des Hamburger Traditionsbetriebs, gehören viele Kulturen in ein Caféhaus. Das spiegeln auch seine Angestellten wider. Alt und jung, Student und Hausfrau, mit und ohne Migrationshintergrund – das ist sein Konzept: „Wir leben von den Einflüssen, die die unterschiedlichen Menschen mitbringen, von ihrer Herkunft, ihren Erfahrungen.“ Dass Lars Andersen vier junge Flüchtlinge zur Fachkraft im Gastgewerbe ausbildet, hat aber auch betriebswirtschaftliche Gründe.



**Lars Andersen und der Auszubildende
Mohamed Diane**

„In der nächsten Zeit werden viele Mitarbeiter in Rente gehen. Wir brauchen Nachwuchs, denn in den vergangenen Jahren haben wir uns mit Aushilfskräften über Wasser gehalten“, erklärt der gelernte Hotelfachmann. Mohamed Diane lernt seit drei Monaten im Café. Der 24-Jährige ist als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling vor acht Jahren aus Burkina Faso nach Hamburg gekommen. Mit Beginn der Ausbildung meldete er sich auch für einen Realschulkurs an der Abendschule an. Natürlich berücksichtigt Lars Andersen diese Abendtermine in den Dienstplan, denn „die hohe Motivation ist einfach sensationell.“

STRATEGISCHE PARTNER**Eine klare Positionierung zur Zuwanderung****Interview mit Rolf Steil - Vorsitzender der Geschäftsführung
der Agentur für Arbeit Hamburg****Die Arbeitsagentur ist ein strategischer Partner der EQUAL
Entwicklungspartnerschaft Fluchtort Hamburg.****Wie unterstützen Sie die Arbeit des Netzwerkes?**

Rolf Steil: In den Einzelfällen, in denen die Rechtslage und unser Handeln dies ermöglichen, unterstütze ich EQUAL durch konstruktive Stellungnahmen bei der Zustimmung von Arbeitsgenehmigungen.

**Welchen Stellenwert haben berufliche Qualifizierung und
Ausbildung von Flüchtlingen für die bundesdeutsche
Gesellschaft beziehungsweise den deutschen
Arbeitsmarkt?**

Steil: Für die Menschen, die in ihr Heimatland zurückkehren, ergeben sich bessere Chancen durch modulare Qualifizierungsbausteine. Für die Menschen, deren Aufenthaltsstatus sich in Deutschland verfestigt, gilt: Teilhabe in der Gesellschaft ist nur möglich durch Teilhabe an Arbeit und Ausbildung, damit schafft man Integration. Für die Wirtschaft ist es wichtig, die Potentiale der Flüchtlinge nutzen zu können. Und volkswirtschaftlich argumentiert: Nur mit Ausbildung bestehen gute Zukunftsperspektiven

Worin liegen Ihrer Erfahrung nach die Schwierigkeiten?

Steil: Bisher existiert keine klare, schon gar keine mutige

Positionsbestimmung des Gesetzgebers zur Frage des Umgangs mit Menschen, die teilweise zehn Jahre oder länger mit dem Duldungsstatus in Deutschland leben. Ebenfalls haben wir bisher keine klare Positionsbestimmung, welche Zuwanderer wir in Deutschland haben wollen. Aber ganz abgesehen davon lösen wir das Problem der Arbeitslosigkeit nicht durch Abschottung und Restriktionen beim Zugang auf den Arbeitsmarkt.

**Welche Widersprüche ergeben sich zwischen Forderungen
der Wirtschaft und Maßgabe der Politik?**

Steil: Die Wirtschaft erkennt zunehmend, dass sie angesichts der Demographie und des globalen Wettbewerbs auf die besten Potentiale der Zuwanderung angewiesen ist. Die Politik hat dem bisher nicht durch entsprechende Regelungen Rechnung getragen.

**Die Integration von Geduldeten ist politisch nicht
erwünscht. Befinden Sie sich – als Vertreter der
Arbeitsagentur – in einem politischen Spannungsfeld?**

Steil: Erfreulicherweise stelle ich fest, dass in dieser Frage ein Umdenken einsetzt. Das ermöglicht mir, neben der gesetzlich vorgegebenen Umsetzung der bestehenden Regeln auch über Veränderungen mit der Politik zu diskutieren.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Steil: Mehr Mut und eine klare Positionierung zur Frage von Zuwanderung. Außerdem wünsche ich mir mehr Freiheit für meine Behörde zur Integration der langjährig hier Lebenden.

SENIORENHEIM SCHEFFLER:**Ausbildung oder illegale Beschäftigung?**

Seit einem Jahr bildet Marion Scheffler die 22-jährige Visare Hoti zur Gesundheits- und Pflegeassistentin aus. Der Ausbildungsvertrag mit dem Seniorenheim Scheffler ist unterzeichnet und anerkannt, die junge Kosovarin nimmt regelmäßig am Berufsschul- und am fachpraktischen Pflegeunterricht teil und erhält monatlich ihr Ausbildungsgehalt. Aber im Seniorenheim Scheffler darf sie nicht mehr arbeiten. Vor einigen Monaten erhielt die Heimleiterin einen Brief, in dem das Hauptzollamt eine Geldstrafe von 30.000 Euro wegen illegaler Beschäftigung androhte. - Visare Hoti hatte zu Beginn der Ausbildung keine Arbeitserlaubnis beantragt, als sie bei der Ausländerbehörde ihre Duldung verlängern



Visare Hoti und Marion Scheffler mit einem Bewohner des Seniorenheims Scheffler

musste. Eine Arbeitserlaubnis für das Langzeitpraktikum im Seniorenheim besaß sie ja. Die Geldstrafe konnte die überraschte Heimleiterin abwenden, aber seitdem warten Heimleitung und Bewohner auf die Rückkehr von Visare Hoti.

HANDELSHAUS GEBR. HEINEMANN:**Internationale Ausrichtung**

Das 1879 gegründete Familienunternehmen koordiniert von der Zentrale in Hamburg aus 180 Flughafenshops in zehn Ländern mit über 2000 Mitarbeitern. „Gebrüder Heinemann ist ein weltweit aufgestelltes Unternehmen. Je internationaler unser Personal ausgerichtet ist, desto besser“, beschreibt Ausbildungsleiterin Birgit Schwedler das Credo des Handelshauses. Dementsprechend hoch sind die Anforderungen an neues Personal für die Ausbildung im Einzelhandel in den Flughafen-Shops: Neben sehr guten Englischkenntnissen sind Belastbarkeit und Selbständigkeit ein Muss. Deshalb bildet das Handelshaus gerne Migranten wie Rakhi Arenja aus. Nach Einschätzung der Ausbildungsleiterin bringt die 20-jährige Afghanin genau diese Eigenschaften aufgrund ihrer Biografie mit: Vor fünf Jahren ist sie allein nach Hamburg geflüchtet und hat inzwischen die Fremdsprachenschule mit Schwerpunkt Englisch abgeschlossen.



Ausbildungsleiterin Birgit Schwedler und Rakhi Arenja in einem der elf Hamburger Flughafen-Shops

Bereits im Vorstellungsgespräch hatte Rakhi Arenja ihren zukünftigen Arbeitgeber darauf hingewiesen, dass sie als Asylbewerberin eine Arbeitserlaubnis für die Ausbildung benötige. Diese zu beantragen sei häufig ein schwieriger und langwieriger Prozess. Für Birgit Schwedler kein Hinderungsgrund, „wir wollten sie einfach haben.“ Da das Handelshaus Gebr. Heinemann die Anzahl der Ausbildungsplätze ausgebaut hat, verlief die Anerkennung der Zusätzlichkeit schnell und unkompliziert.

Diese Betriebe sind strategische Partner der Entwicklungspartnerschaft. Betriebe und Auszubildende werden von den Teilprojekten „Interkulturelle Koordination: Schule - Arbeit - Betrieb“ im Schulinformationszentrum, sowie „Fachkraft im Gastgewerbe“ und „BASICS2“ von Beschäftigung und Bildung beraten und begleitet.

EINBLICKE IN DIE PROJEKTARBEIT**Basisqualifizierung im pädagogischen Handlungsfeld**

Die 14-monatige Qualifizierungsmaßnahme richtet sich an Frauen mit fehlender Ausbildungsperspektive. In den Kursen werden Grundkenntnisse der Pädagogik und arbeitsfeldspezifische Sprachkenntnisse vermittelt, die bei vorliegenden formalen Voraussetzungen der Teilnehmerinnen als Vorbereitung auf eine Ausbildung oder Tätigkeit im pädagogischen Arbeitsfeld, beispielsweise als Sozialpädagogische Assistenz oder Erzieherin, hier oder im Herkunftsland genutzt werden können. Die Frauen können die erworbenen Kenntnisse aber auch in niedrigschwelligen Tätigkeiten in unterschiedlichen pädagogischen oder pflegerischen Einrichtungen oder in selbstorganisierter Kinderbetreuung, z.B. in den Wohnunterkünften anwenden. Neben den sprachlichen und pädagogischen Kompetenzen stellt der Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Kommunikations- und Interaktionsfähigkeit mit dem Ziel gesellschaftlicher Partizipation einen wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkt dar.

Für die 29-jährige Westafrikanerin Sylvia, Mutter von drei Kindern, ergeben sich durch diese Maßnahme neue Perspektiven. „In der Zeit von August 2005 bis Juli 2006 habe ich an einem Kurs „Basisqualifizierung Pädagogik“ bei verikom teilgenommen. In diesem

Kurs hatten wir drei Unterrichtsfächer: Deutsch, Pädagogik und Gesundheit und Pflege. Wir konnten uns auf eine Ausbildung an der Fachschule für Sozialpädagogik vorbereiten - wenn wir die Voraussetzung erfüllen - oder die Möglichkeit nutzen, unser Deutsch zu verbessern, und ein bisschen gesundheitliche und pädagogische Kenntnisse mit nach Hause zu nehmen.

All das ist mir gelungen, denn es war immer mein Traum mich auszubilden, aber ich hatte nie die Chance dazu. Deswegen war ich sehr froh, dass ich von dem Projekt erfahren habe. Heute hat sich mein Leben verändert: Ich habe eine neue Perspektive, die dreijährige Ausbildung als Erzieherin vor mir, und bin glücklicher denn je zuvor. Ich nehme bessere Deutsch-Kenntnisse, Pflege, Gesundheit und Pädagogische Grundkenntnisse mit. Dazu habe ich die Praxis kennen gelernt. Ich habe ein Praktikum im Kindergarten gemacht und konnte von den Kindern lernen und mit den Kindern zusammen arbeiten. Außerdem habe ich bei Profamilia an Veranstaltungen zum Thema Sexualität teilgenommen, einen Erste-Hilfe-Kurs gemacht, was ich sehr toll fand, Hospitationen gemacht und Referate gehalten, was ich früher nicht konnte. Ich gehe jetzt besser mit meinen Kindern um, weiß wie wichtig die Ernährung ist und weiß, was zu tun ist, wenn sie krank sind.

Die Entscheidung, zur Schule zu gehen, war die beste Entscheidung meines Lebens. Ich hoffe, dass viele Frauen nach mir auch diese Chance haben werden.“

AKTUELLES AUS NETZWERK UND PROJEKTEN

Am **10. April 2006** folgten über 120 Interessierte der Einladung der Entwicklungspartnerschaft und der Patriotischen Gesellschaft von 1765 zu der Fachveranstaltung „**Zwischen Aufbruch und Bleiben – Berufsqualifizierung von Flüchtlingen**“ in den Räumen der Patriotischen Gesellschaft. **Prof. Dr. Dieter Oberndörfer**, migrationspolitischer Berater verschiedener Bundesregierungen referierte zum Thema Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, während **Niklaus Kaiser**, ausbildungspolitischer Sprecher des Hotel- und Gaststättenverbands Hamburg, die Perspektive der Wirtschaftsbetriebe darlegte. Bei Fingerfood und Getränken wurden nach der Veranstaltung neue Kontakte geknüpft und alte aufgefrischt.

Die Frauenprojekte von verikom haben am **10. Mai 2006** zur Fachveranstaltung „**Bleiberecht ist Menschenrecht – Ein Leben in Duldung**“ eingeladen. Frauen aus dem Kosovo, Afghanistan und Benin haben als Expertinnen Referate zu den Bereichen „Wohnen“, „Bildung und Berufsperspektiven“ und „Kinder“ gehalten sowie die Arbeitsgruppen moderiert. Die Referentin **Marie Lydie** hat einen großen Aufklärungsbedarf bei den Zuhörern festgestellt. „Ich habe aus diesem Workshop gelernt, dass vielen Zuhörern unsere Situation, wie schlechte Unterkunft, kein Arbeitsrecht, kein Aufenthaltsrecht, überhaupt nicht bekannt ist“, berichtet die verikom-Teilnehmerin, freut sich aber zugleich über die Unterstützung, die ihr und ihren Kolleginnen entgegengebracht wurde. „Aber trotzdem gibt es in Hamburg sehr viele engagierte Menschen, die auf unserer Seite stehen und uns unterstützen.“ **Ebtesam Sarwar** hebt hervor, dass endlich mal die Betroffenen selbst als Expertinnen anerkannt wurden: „Es ist schön, wenn man etwas zu sagen hat und endlich die Möglichkeit bekommt, darüber zu reden.“

Die Bundestagsabgeordneten **Antje Blumenthal** und **Marcus Weinberg** (CDU/CSU-Fraktion) und Olaf Scholz (Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion) haben sich bei ihren Besuchen verschiedener Teilprojekte über die Arbeit

der Entwicklungspartnerschaft informiert und Unterstützung für die Zukunft versprochen.

Anfang Juni war die Entwicklungspartnerschaft Gastgeberin des **transnationalen Traineraustauschs** für 16 italienische und vier irische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der dortigen EQUAL-Projekte. Besuche in den Teilprojekten, der Bibby Altona und eine Hafensrundfahrt unter dem Thema Migration sorgten für ausreichend Gesprächsstoff. Die Partner zeigten sich sehr beeindruckt von der Arbeit der Teilprojekte.



Die Teilnehmerinnen aus den verikom-Projekten, dem Woge-Wäscherei-Projekt und dem Koordinationsrat der Iranerinnen sind am **26. Juni 2006** der Einladung der Bundestagsabgeordneten **Anja Hajduk** (Bündnis90/Die Grünen) nach Berlin gefolgt. Bei dieser Informationsveranstaltung standen neben dem Gespräch mit Anja Hajduk ein Vortrag im Plenarsaal des Bundestages, der Besuch der Reichstagskuppel und die Einladung zum Mittagessen auf dem Programm.



FLUCHTORT
HAMBURG



Koordination der EP Fluchtort Hamburg

Die EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Fluchtort Hamburg“ wird koordiniert von der Abteilung „Migration und Internationale Zusammenarbeit“ der passage gGmbH, Nagelsweg 14, 20097 Hamburg.

Kontakt

Maren Gag

maren.gag@passage-hamburg.de

T. 040-24192785

Iris Beckmann-Schulz

iris.beckmann-schulz@passage-hamburg.de

T. 040-24192786

Tamer Ilbuga

tamer.ilbuga@passage-hamburg.de;

T. 040-24192788

www.fluchtort-hamburg.de

Impressum

Der Newsletter „Fluchtort Hamburg“ erscheint zweimal jährlich und informiert über die laufende Arbeit der Hamburger EQUAL Entwicklungspartnerschaft.

Redaktion & Bezug:

Mainstreaming Agentur der EP Fluchtort Hamburg,

Rothestraße 66, 22765 Hamburg

Kontakt & V.i.S.d.P.: **Michaela Ludwig**

Diakonisches Werk KK Niendorf,

T. 0172-41 40 484,

mainstreaming@dwniendorf.de

Fotonachweis: Michaela Ludwig

Auflage: 1000 Exemplare

